



19. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/ 515

17.06.14/16.

PL
CINA)

**Antrag
der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit schützen – Gewalt bei
„Blockupy“ verhindern – für den Dialog von Demonstranten und Polizei**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt, dass das Grundrecht, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren, ein hohes Gut des demokratischen Rechtsstaates ist. Der Landtag wird sich auch künftig mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Ausübung dieses Rechts in Hessen gewährleistet ist. Der Landtag ruft zu einer friedlichen Protest- und Demonstrationskultur auf, die geltende Gesetze und die Rechtsgüter Dritter achtet.
2. Der Landtag ist sich bewusst, dass Teile der Bevölkerung angesichts der Globalisierung, der Finanz- und Staatsschuldenkrise besorgt sind und diese Sorge auch aus Mitgefühl mit den von diesen Krisen betroffenen Menschen durch Demonstrationen und Proteste öffentlich bekunden wollen.
3. Der Landtag bekennt sich zur europäischen Einigung als Garant für Frieden, Freiheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Landtag ist erfreut, dass die hessische Metropole Frankfurt am Main Sitz bedeutender Institutionen wie der Europäischen Zentralbank (EZB) oder der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) ist. Bei aller an ihrer Arbeit geübten Kritik leisten diese Institutionen einen Beitrag zur Europäischen Integration. Der Landtag ist sich der besonderen Verantwortung des Landes zum Schutz dieser europäischen Institutionen bewusst.
4. Der Landtag fordert von den Teilnehmern der zur Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt am Main angekündigten Demonstrationen, dass sie die gesellschaftliche Diskussion um Globalisierung und europäische Einigung friedlich führen. Der Landtag appelliert an alle Teilnehmer der Demonstrationen, auf Gewalt gegen Personen und Sachen zu verzichten und im Geiste der grundrechtlich geschützten freiheitlichen Demonstrationskultur die Rechte anderer zu achten.
5. Der Landtag begrüßt den dialogorientierten deeskalierenden Ansatz der hessischen Polizei bei der Begleitung der angekündigten Demonstrationen und zum Schutz des Demonstrationsrechts. Der Landtag erklärt, dass es im Interesse und zum Schutze der Allgemeinheit nicht zu dulden ist, wenn sich Straf- und Gewalttäter unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts verstecken, um Leib, Leben oder Eigentum anderer zu beschädigen. Gewalttätern, die das freiheitliche Demonstrationsrecht durch Gewalt gegen andere, insbesondere auch gegen Polizistinnen und Polizisten, missbrauchen, müssen verfolgt werden und die Konsequenzen ihrer Straftaten tragen. Der Landtag ruft alle Demonstranten und die Organisatoren der geplanten Proteste dazu auf, sich klar von Gewaltanwendung abzugrenzen.

1915/15

6. Der Landtag bekennt sich zur gesetzlichen Aufgabe der Gefahrenabwehrbehörden und der Polizeibehörden, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Hierzu gehört auch der Schutz vor Gewalt gegen Personen und Sachen, die von Versammlungen oder von einzelnen aus Versammlungen heraus ausgeht. Zur gesetzlichen Aufgabe der Polizei gehört auch, Straftaten zu verhüten und, falls es die Situation erforderlich machen sollte, für die Verfolgung von Straftaten vorzusorgen. Die Polizei schützt damit zugleich den friedlichen Protest davor, durch Gewalt weniger Störer diskreditiert zu werden.
7. Der Landtag begrüßt, dass die Hessische Polizei bereits frühzeitig Dialogangebote unterbreitet hat und appelliert an die Organisatoren der geplanten Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main, auf diese einzugehen. Es liegt im Interesse aller friedlichen Demonstranten und der Bürgerinnen und Bürger von Frankfurt am Main, dass durch eine umfassende Abstimmung Missverständnisse und Konfliktpotentiale frühzeitig ausgeräumt werden, um das Recht zu friedlichen Demonstrationen zu sichern.
8. Der Landtag begrüßt, die deeskalierenden Maßnahmen von Polizei und Landesregierung im Hinblick auf die angekündigten Demonstrationen zur EZB-Eröffnung, namentlich
 - die frühzeitige Einrichtung eines Vorbereitungsstabs der Polizei unter Führung erfahrener Beamter im November 2013,
 - die frühzeitige Einladung zum Dialog durch den Polizeipräsidenten Frankfurt am Main an die Demonstrationsveranstalter im November 2013,
 - die Tagung der Leiter der sogenannten Alarmhundertschaften der hessischen Polizei zum Thema „Kommunikation mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Demonstrationen“ im März 2014,
 - das praktische Deeskalationstraining in Anwesenheit von Innenminister Peter Beuth, im März 2014,
 - das wiederholte öffentliche Eintreten des Innenministers für friedliche und kommunikative Demonstrationenkultur und dessen Zusage, die Polizei werde ihre deeskalierende und kooperative Rolle fortführen,
 - die transparente Information aller Landtagsfraktionen durch den Innenminister, der gemeinsam mit der Polizeiführung den Innenausschuss-Obleuten des Landtags am 13. Mai 2014 Lagebild und Planungsstand ausführlich erläuterte,
 - die transparente und erfolgreiche Kommunikationspolitik der Polizei bei größeren Einsätzen durch soziale Medien.
9. Der Landtag bittet Landesregierung und Polizei, ihren konstruktiven Ansatz fortzuführen und weiterhin vielfältige Dialog- und Deeskalationsangebote aufrecht zu erhalten, insbesondere
 - über die notwendigen Anmeldergespräche hinaus den Austausch mit den Demonstrationsanmeldern zu suchen,
 - öffentlich den rechtlichen Rahmen und polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich des Versammlungsrechts der Demonstranten zu erläutern,
 - zum Schutz friedlicher Demonstranten und unbeteiligter Bürger vor Störern und Straftätern kommunikative Maßnahmen, Rolle und Aufgabe der Polizei bereits im Vorfeld der Demonstrationen öffentlich zu erläutern,

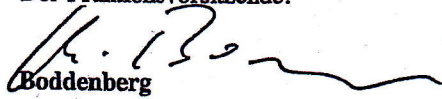
191515

- Polizei-Schulungsmaßnahmen zur Deeskalation bei Demonstrationen weiter zu intensivieren und insbesondere die eingesetzten Kräfte in Kommunikationstrainings vorzubereiten,
- die Einführung individualisierbarer Dienstnummern für Polizeibeamte im geschlossenen Einsatz möglichst bis zum Termin der Eröffnungsfeier der EZB in Frankfurt am Main umzusetzen, wobei Gründlichkeit vor Geschwindigkeit geht und die Rechte der Polizeibeamtinnen und -beamten zu wahren sind.

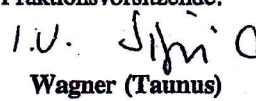
Begründung:
erfolgt mündlich

Wiesbaden, den 17. Juni 2014

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:


Boddenberg

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Der Fraktionsvorsitzende:


I.U. Wagner (Taunus)